



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Zurück zur Einfachheit! — Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse der Druckereiarbeiter und -Arbeiterinnen in Mainz und Wiesbaden. — Feuilleton: Schriftwesen und Buchkunst im Altertum. (V. Schluß.) — Wo steht die christliche Gewerkschaftsbewegung? — Korrespondenzen (Berlin, Stettin i. G.). — Beilage: Aus dem Genossenschaftsleben. — Rundschau.

Für die Woche vom 8. bis 14. Juni 1913  
Ist die Beitragsmarke in das mit 24 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Zurück zur Einfachheit!

In der Rede, mit der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 19. November 1908 die Reichsfinanzreform einleitete, war eine bemerkenswerte Wendung enthalten, die von einer Ueberschätzung des materiellen Genusses handelt. Im Anschluß daran rief der Reichskanzler pathetisch aus: „Wir müssen alle in unserer ganzen Lebenshaltung zurück zur größeren Einfachheit!“ Und niemand wollte er ausgenommen wissen — natürlich auch nicht die Arbeiterklasse. Er konnte sie schon um deswillen nicht ausnehmen, da ja sonst sein Appell an die bestehenden Klassen weniger Wirkungswoll gewesen wäre.

Aber warum sollen denn die Angehörigen der beschlossenen Klassen zurück zur größeren Einfachheit? Etwas, um die Ausraubung der Taschen der Besitzlosen durch die Agrarpolitik und durch den Militarismus bequemer zu gestalten? So möchte es fast scheinen, denn die Anforderungen, die der Militarismus an die Volkskraft stellt, werden von Jahr zu Jahr ungeheuerlicher. Und dann: würde die „wohlgemeinte“ Mahnung des Reichskanzlers auch von den Angehörigen der beschlossenen Klassen allgemein befolgt, so würden sich die bestehenden Klassen weniger beunruhigt fühlen durch die steigenden Lohnforderungen, die notwendigerweise neuen wirtschaftspolitischen und militärischen Belastungen folgen müssen. Es wäre in der Tat alles um so vieles bequemer und einfacher: die Regierung kann im Verein mit den Parteien des Bürgertums die Lasten hübsch auf die „tragfähigen“ Schultern der Arbeiter verteilen, und das Kapital und das Unternehmertum kann etwaige Nachteile hübsch von sich auf die nämlichen Schultern abwälzen.

Wäre dem nicht so, wir meinen, die wohlgemeinte Mahnung: „Zurück in der ganzen Lebenshaltung“ dürfte sich alsdann nicht auch an die arbeitenden Klassen richten. Und warum predigt man den Arbeitern immer und immer Bescheidenheit, Gottesfurcht, Unterordnung und Zufriedenheit? Doch nur, weil die kapitalistischen Klassen die Ausbeutung der Arbeiter in jeder Beziehung leichter vornehmen können! Weil die Reichtumsanhäufung dann schneller vorwärts geht und weil die kapitalistische Gesellschaft ihre imperialistischen Neigungen ungehindert verfolgen konnte! Auf dem zweiten nationalen Arbeiterkongreß hat der Reichskanzler von Bethmann

Hollweg eine Mahnung direkt nur an die Arbeiter gerichtet, die all die Absichten der kapitalistischen Gesellschaft noch unzweideutig hervortreten läßt, als seine allgemeiner gehaltene Mahnung vom November 1908. Er ermahnte die Arbeiter, festzuhalten an vier Grundpfeiler: Fleiß, Gottesfurcht, Rührigkeit und Zufriedenheit.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ist es denn überhaupt möglich, daß die Arbeiter in ihrer ganzen Lebenshaltung zurück können zu größerer Einfachheit? Leben die Massen des arbeitenden Volkes nicht in der allergrößten Einfachheit? Nicht nur das! Ein großer Teil der unbemittelten Bevölkerung lebt längst schon unterhalb der Armutsgrenze, sodaß eher von einer schleunigen Hebung der Lebenshaltung, nicht aber von einer Zurückschraubung gesprochen werden sollte! Aber gerade davon wollen die Vertreter der bestehenden Klassen, wollen die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht wissen. Die Unternehmer insbesondere sind aufs eifrigste bemüht, die Lebenshaltung der Arbeiter dadurch niederzuhalten, daß sie sich die Ueberschüttung des Arbeitsmarktes, die Arbeitslosigkeit zumut machen und einen dauernden Druck auf die Arbeitslöhne ausüben. Denn geringer der Anteil der Arbeiter am Arbeitsertrage ist, desto größer gestaltet sich natürlich der Anteil der Unternehmer, Kapitalisten und Grundbesitzer. Deshalb vermögen auch die Löhne der Preissteigerung für die Lebensmittel und Wohnungen nicht zu folgen, deshalb auch legt die Verteuerung der Lebenshaltung den Arbeitern immer und immer Lasten, Sorgen und Entbehrungen auf. Es will fast scheinen, als wolle die kapitalistische Gesellschaft die Arbeiter einer Belastungsprobe unterwerfen, um zu sehen, wie weit sie es mit der strapulösen Ausbeutungs- und Profitpolitik treiben könne, ohne einen völligen wirtschaftlichen und sittlichen Zusammenbruch der arbeitenden Klassen befürchten zu müssen.

Da aber eine weitere Einschränkung, eine Zurückschraubung zur größeren Einfachheit bei der Arbeiterklasse nicht möglich ist, so fruchten all die „wohlgemeinten“ Ermahnungen zur Zufriedenheit gar nichts: Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit nehmen zusehends an Schärfe und Ausdehnung zu. Das Unternehmertum ist sich dieser Tatsache auch bewußt, und es weiß auch, daß die Arbeitskämpfe ihre ganz natürlichen Ursachen und ihre Berechtigung haben. Sie bestreiten zwar vor der Öffentlichkeit jede Berechtigung, zetern über die Gefahr, die der Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch die „übertriebenen“ Forderungen der Arbeiter drohen, und sie treffen alle Maßnahmen, um ihren Löwenanteil am Arbeitsertrage auch weiterhin zu sichern. Dazu gehören in erster Linie auch die Streikentschädigungsgesellschaften und Unternehmerverbände. Um die noch abseits stehenden Unternehmer in diese Gesellschaften und Verbände hineinzubringen, verweisen die Scharmacher immer wieder auf die Macht der Gewerkschaften, und auf die Gefahr der Industrie, noch ganz und gar unter das Joch der Gewerkschaften zu kommen. In einem solchen Aufruf der „Gesell-

schaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen“, der unter dem 22. März 1911 an die Unternehmer verandt wurde, wird nun auf eine der Ursachen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit hingewiesen. Es heißt in dem Aufruf:

„Die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte allgemeine Verteuerung des Lebensunterhaltes läßt bei Fortdauer der steigenden Konjunktur für das kommende Jahr so mächtige Lohnbewegungen und so zahlreiche Arbeitsentstellungen erwarten, wie wir sie in dieser Ausdehnung und Heftigkeit im Deutschen Reich noch nicht gesehen haben. Um übertriebene Forderungen der Arbeiter (die Forderungen der Arbeiter sind natürlich immer übertrieben, so meinen wenigstens die Scharmacher und Arbeiterfeinde) beschränken oder zurückweisen und es im Notfall auf die äußersten sozialen Kampfmittel — Streik und Aussperrung — ankommen lassen zu können, kann der Anschluß an unsere Gesellschaft jedem industriellen Arbeitgeber nicht bringend genug empfohlen werden.“

Damit ist doch die Berechtigung der Lohnbewegungen klipp und klar von den schlimmsten Arbeiterfeinden zugegeben worden! Doch hätte es dieses Zugeständnisses gar nicht bedurft, verspürt doch jeder Arbeiter und jede Arbeiterin die Wirkungen und Segnungen unserer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung täglich am eigenen Leibe. Die Lebensmittelverteuerung und die Verteuerung der Mieten drücken auf die gesamte Lebenshaltung und fordern zu Lohnkämpfen geradezu heraus, da eine weitere Einschränkung nicht möglich ist. Und selbst wenn diese Einschränkung noch möglich wäre, wenn es möglich wäre, daß die arbeitenden Klassen ihre ganze Lebenshaltung zurückschrauben könnten zur größeren Einfachheit: sollten sie das tun, damit die bestehenden Klassen von einer gerechteren Heranziehung zu ihren sozialen Pflichten und zur Befreiung der durch ihre unsinnige Rüstungspolitik immer neu entstehenden Lasten verschont bleiben können? Rimmermehr! In der ganzen bürgerlichen Welt gilt es als selbstverständlich, daß man vorwärts strebt, daß man sein ganzes wirtschaftliches und geistiges Leben mehr und mehr ausbaut; ja, es gilt als ein Mangel an Ehr- und Pflichtgefühl, wenn dieses Streben nach Vervollkommenheit nicht vorhanden ist. Wenn aber auch in der Arbeiterklasse dieses Streben mächtig hervorbricht, wenn auch hier höhere Anforderungen an das Leben, an die Wohnung und Erziehung gestellt werden, wenn auch in der Arbeiterklasse höhere sittliche Kräfte lebendig werden: Dann soll das unmoralisch und verwerflich sein? Dann ermahnt man zur Zufriedenheit und Einfachheit, warnt vor Begehrligkeit und Genußsucht; dann ist die Industrie, das Vaterland in Gefahr, und der Volkzeigefabel und der Staatsanwalt werden aufgeboden!

Aber dieses gemeingefährliche und unmoralische Treiben der kapitalistischen Gesellschaft, die die Menschheit in zwei Gruppen teilt: in Menschen und in Arbeitstiere, dieses Treiben bleibt nicht ohne Wirkung auf die niedergehaltenen

Massen: sie erwachen zum Klassenbewußtsein und bejähnen sich auf ihre Menschenwürde. Das Wort des Reichstanzlers geben sie der Gesellschaft zurück, die sich gerade jetzt wieder aufrichtet, neue unproduktive Lasten und Mühseligkeitsausgaben heraufzubehängen: lehrt selbst zurück zur Einfachheit, wir aber wollen vorwärts!

## Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse der Druckereiarbeiter und Arbeiterinnen in Mainz-Wiesbaden.

Schon oft hat uns dieses Thema beschäftigt, manchmal mit mehr oder weniger scharfer Kritik, ohne daß bis heute eine zufriedenstellende Besserung für unsere Kollegenschaft herbeigeführt worden wäre. Versuchen wir nun einmal, die Ursachen dieses bizarren Rückstandes unparteiisch festzustellen, um vielleicht diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die so gern mit falschen Auffassungen haufieren gehen, auf die richtige Fährte zu bringen.

Es steht unfeugbar fest, daß eine Organisation ohne innere Festigkeit keine Erfolge erzielen kann. Mit dem Zahlen der Beiträge ist es noch lange nicht getan, und hier kommen wir auf einen Umstand zu sprechen, der besonders im leichtlebigen Mainz und auch in Wiesbaden einen traffen Charakter angenommen hat.

Oft hört man von einzelnen Gruppen die beweglichsten Klagen über schlechte Bezahlung oder Behandlung, schlechte sanitäre Einrichtungen, maßloses Ueberstundemachen ohne erhöhte Bezahlung, willkürliche Handhabung in der Einteilung der Arbeitszeit u. a. m. In der energischsten Weise wird da im Augenblick von der Organisationsleitung verlangt, auf Abhilfe zu dringen. Berufst man nun zur Feststellung der Tatsachen Versammlungen oder Besprechungen ein, so fehlen gewöhnlich diejenigen, die am lauteften über die Saumfertigkeit der Verwaltung schreien. Ein Zirkus, eine benachbarte Kirchweih, ein Hochbierfest genügen, um die Kolleginnen und Kollegen vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Daß unter solchen Umständen oft Mißgriffe und Irrtümer vorkommen, die dem Interesse der Mitglieder hinderlich sind, steigt doch klar auf der Hand, und dieser Zustand liefert das Wasser auf die Mühlen der Druckereibesitzer. Der Einwand mancher

Berufskollegen, daß das weibliche Hilfspersonal nicht organisationsfähig wäre, stimmt absolut nicht und dient meist dazu, um deren eigenes moralisches Gewissen zu beruhigen. Von den in Mainz und Wiesbaden beschäftigten ungefähr 300 Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen sind es keine 50, die noch nicht ein oder mehrere Male der Organisation angehört. Und daß Temperament vorhanden ist, beweisen Fälle, bei denen die ganze Energie des Vorstandes nötig war, um einzelne Gruppen von wilden Streiks unter Kontraktbruch abzuhalten, um natürlich später wieder in die alte Gleichgültigkeit zurück zu fallen.

Bei den wiederholten Vorstößen, die der Verband sowohl in Mainz als auch in Wiesbaden zur Erreichung eines tariflich geregelten Arbeitsverhältnisses anstrebte, konnte man von den Prinzipalpalen mit dem Bruffton der Ueberzeugung die Einwendung hören: Bei der Unzuverlässigkeit des Hilfspersonals halten wir es nicht für geboten, uns mit ihnen in ein Tarifverhältnis einzulassen. Sehr gut. Und die klugen Prinzipalpalen von Mainz und Wiesbaden tun ihr möglichstes, geführt auf das passivste Verhalten vieler unserer gelehrten Berufskollegen, das Hilfspersonal in dieser Unzuverlässigkeit zu erhalten. Sie gestattet ihnen doch, tüchtigen Einlegerinnen bei intensivster Ausnützung der Arbeitskraft Löhne von 9,— M. bis höchstens 12,50 M., Hilfsarbeiter an Rotation, Stereotypie und Schnellpressen mit 15,— bis 21,— M. zu bezahlen. Der Unzuverlässigkeit des Hilfspersonals ist es zu danken, daß trotz unterschriftlicher Zusicherung der Prinzipalpalen im Jahre 1910 die Mindestlöhne immer noch nicht überall bezahlt werden. Sind, was ja nicht geleugnet werden darf, einzelne Speziallöhne in der letzten Zeit um etwas gestiegen, so ist aber auch andererseits die Arbeitsleistung eine viel intensivere geworden.

In den Steindruckabteilungen wird die gesundheitsgefährliche Arbeit des Bronzierens in oft schlecht ventilierten Räumen verrichtet. Zu einer Extrabergütung für diese mörderische Arbeit hat sich in letzter Zeit nur eine Firma aufgeschwungen können. Daß unter solchen Umständen der Bestand an geschulten Arbeitskräften, wie sie ein solider Druckereibetrieb nötig hat, immer mehr zusammensinkt, bestärkt ja die Prinzipalpalen selbst. Es ist in Mainz wie auch in Wiesbaden selten möglich, den Bedarf an guten Ein-

legerinnen oder Einlegern zu decken, da sich die Leute bei jeder passenden Gelegenheit andern Industriezweigen zuwenden, in denen sie besser bezahlt werden. Daß die Drucker sich demzufolge dagegen stemmen, junge Leute an den Maschinen auszubilden, ist verständlich. Denn eine Einlegerin auszubilden, die nach der Lehrzeit infolge der schlechten Bezahlung, die sie erhält, in eine Brauerei zum Flaschenreinigen oder sonst wohin geht, wo sie einen höheren Lohn erzielt, ist eine undankbare Sache.

Daß die Prinzipalpalen nicht mehr zahlen können, wie sie angeben, aus Konkurrenzrücksichten, ist eine billige Ausrede. Es sind uns aus Bingen, Ridesheim, Eltville, lauter kleinen Landstädtchen, Angebote gemacht worden für Anlegerinnen, die bis zu 2,— M. an Wochenlohn höher waren wie er in Mainz und Wiesbaden üblich ist. Außerdem wollte man noch das Fahrgeld bezahlen. Die dortigen jungen Arbeiterinnen verschmähen eben die dauernde Tätigkeit in der Druckerei. Ein 17-jähriger Einleger, der in Bingen 17,— M. Wochenlohn bezog und mit seinen Eltern nach dem teuren Wiesbaden verzog, bekam dort einen Wochenlohn als Einleger von 14,— M. Da erklärt sich der Widerstand gegen ein Tarifverhältnis und dann die Klage der Herren: Wir haben ja hier kein brauchbares Hilfspersonal. Ja, verlangen denn die Herren schließlich, daß das Hilfspersonal erst die Universität besuche, um ihm dann Zimmerlöhne anubieten? Besser wird es erst werden, wenn die Mainzer und Wiesbadener Kolleginnen und Kollegen sich aufrufen, das Besammlungsleben fördern, die Organisation ausbauen nach innen und außen und darauf geführt ihre Forderungen erheben, dann werden die Prinzipalpalen ihren einseitigen Standpunkt aufgeben und das Hilfspersonal nicht als Arbeiter zweiter Klasse behandeln. Mit einigem guten Willen läßt sich eine Form finden, die den Wünschen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen entspricht, ohne daß das Prestige der Prinzipalpalen eine Erschütterung erfährt. Dann würde sich auch das Arbeitsmaterial konstant erhalten. Die letzten Vorgänge beim Buchbinderstreik scheinen übrigens auch der Gesamtarbeiterschaft die Augen geöffnet zu haben. Jeder organisierte Arbeiter soll verantwortlich gemacht werden für die Handlungsweise seiner Frau oder Tochter, die in gewerblichen Betrieben beschäftigt ist.

## Schriftwesen und Buchkunst im Altertum.

Von E. h. Wolff-Friedenau.

V. (Schluß.)

Auf diese Weise nahmen bereits damals Bücherproduktion und Buchhandel einen ganz gewaltigen Umfang an; besaß doch die Bibliothek zu Alexandria allein an 700 000 Bücher.

Bei dieser bereits zu hoher Stufe gelangten Entwicklung der graphischen Künste und bei dieser erheblichen Ausdehnung der Vervielfältigung von Schriften und Büchern, wie wir sie im griechischen und römischen Altertum sehen, muß es uns wundernehmen, daß es das Altertum nicht auch bereits bis zur Erfindung und Anwendung irgendeines mechanischen Vervielfältigungsverfahrens für Schriftzwecke im Sinne unserer heutigen Druckverfahren, wenn auch nur eines solchen ganz einfacher Form, gebracht hat. Um so mehr ist das zu verwundern, als die Alten doch in vielen anderen Dingen bereits eine hohe Stufe der Technik erreicht hatten, die sie auch zur Anwendung irgendeines mechanischen Vervielfältigungs- oder Druckverfahrens sehr wohl befähigt haben würde, und als überdies der bereits damals so bedeutende Bücherbedarf auf einen Ersatz für das unständliche und fehlerhafte Abschreiben der Bücher hätte führen müssen. Allerdings kannte ja auch das Altertum bereits einige Arten mechanischer Vervielfältigung, die jedoch nicht der Vervielfältigung literarischer Schriften, sondern lediglich der Erzeugung technischer Zeichnungen dienten. So war schon seit uralten Zeiten, schon um ein bis zwei Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung, die

Münzprägung bekannt, die mit geschnittenen Stempeln ausgeführt wurde, ein Verfahren, bei dem Silber und Zinnschriften in Metall vervielfältigt wurden. Siegelringe mit eingestanztem Bild oder mit Schrift finden wir ebenfalls schon bei Ägyptern und Babyloniern, noch mehr aber bei Griechen und Römern in Gebrauch und nach Art unserer heutigen Beschäfte zur Siegelung von Briefen und Urkunden verwandt. In Ägypten, Griechenland und im Römerreich finden wir auch die Sitte, Ziegelsteine und Tongefäße durch Stempel mit Brandzeichen zu versehen, und mit Farbe bezeichnen wurden derartige Stempel zur Kennzeichnung von Sklaven und Haustieren benutzt, ein Verfahren, das schon direkt als Druck, Stempeldruck, zu bezeichnen ist.

Ein weiteres Druckverfahren des Altertums war auch der Zeugdruck, bei dem durch hölzerne Patronen Ornamente und Muster farbig auf Zeug gedruckt wurden, ein Verfahren, das ebenfalls schon bei den alten Ägyptern ausgebildet wurde und im Prinzip mit unserem heutigen Kaltdruck übereinstimmt. Ferner waren auch den Alten schon Schablonen bekannt; solche wurden beispielsweise angewandt, um Tongefäße mit farbigen Ornamenten zu versehen oder sonstige Dekorationsmalereien auszuführen. Bei Griechen und Römern endlich finden wir auch ein Verfahren zur Vervielfältigung von Schrift, nämlich von Unterschriften, die oftmals mit durchbrochenen Nadeln, Stigmenschablonen, auf Tafeln oder Papyrus aufgepinselt wurden. Aber alle diese Verfahren dienten nur solchen wie den erwähnten Spezial- und technischen Zwecken, nicht dem Zweck der Vervielfältigung literarischer Schriften, so nahe sie auch den Gedanken an solche legen mußten und obwohl sie als die ersten und

ältesten Vorgänger unserer modernen Druckverfahren bezeichnet werden müssen. Im übrigen kannte das Altertum eine Vervielfältigung seiner Schriften im Sinne unseres heutigen Druckverfahrens, wenn auch in noch so einfacher Form, nicht. Es hat für die spätere Entstehung der Buchdruckerkunst nichts beigetragen, und selbst die Schaffung jener ältesten Stempel- und Siegelformen geben ihm keinen Anspruch, als Mitgeschöpfer jener wichtigsten Erfindung der graphischen Kunst gelten zu können. Möglicherweise, sogar wahrscheinlich, daß bei längerem Bestehen der antiken Kultur jene ältesten Stempel- und Siegelformen auch zur Schaffung eines Vervielfältigungsverfahrens für literarische Zwecke geführt hätten, wie ja auch im späteren Mittelalter die Erfindung der Holzschneide- und Buchdruckerkunst durch solche Stempelformen angeregt wurde. So aber können wir, was nur von wenigen technischen Erfindungen gilt, sagen, daß die Erfindung der Buchdruckerkunst vollkommen unabhängig von den Erfindungen und der Kultur des Altertums geschah.

Das Römerreich ging unter, und mit ihm verschwand auch Literatur, Buchkunst und Buchhandel des Altertums, verschwand auch zum großen Teil die Schriftkunst des Altertums überhaupt, freilich nicht, ohne wesentliche Teile zu hinterlassen, die auf die Völker des Mittelalters übergingen, in den Klöstern und Gelehrtenstuben aufbewahrt wurden und hier die Keime einer neuen Entwicklung der Schriftkunst wurden, bis mit der Erfindung der Buchdruckerkunst eine neue Ära für Schrift-, Buch- und Buchbinderkunst begann.

Deshalb Kolleginnen und Kollegen von Mainz und Wiesbaden: Mehr Rückgrat und Intereffe für eure eigenen Angelegenheiten. Ihr tragt die Hauptschuld an allen Mißständen, die noch in unseren Erwerbsverhältnissen zu finden sind. Immer wieder muß eure Forderung nach einem tariflich geregelten Arbeitsverhältnis sich wiederholen, wie es unsere Zeit rechtfertigt. Seid einig, schließt euch der modernen Organisation an und haltet sie hoch!

Adam Müller.

## Wo steht die christliche Gewerkschaftsbewegung?

Seitdem die Enzyklika „Singulari Quadam“ erschienen ist, sind acht Monate ins Land gegangen. Diese Enzyklika hat in der Gewerkschaftsfrage eine für die christlichen Gewerkschaften vornehmlich aber für die gläubigen katholischen Arbeiter bedeutende Entscheidung herbeigeführt. Wenn die Enzyklika auch nicht das in weiten Kreisen befürchtete Verbot der interkonfessionellen-christlichen Gewerkschaften aussprach, so weiß doch jeder Unbefangene, wie man im Vatikan über die christlichen Gewerkschaften denkt. Eigentlich wußte man das ja schon längst vor dem 24. September 1912, aber es fehlte bis dahin an dem entscheidenden Machtwort des Papstes, wie sich die katholischen Arbeiter in Deutschland zu den christlichen Gewerkschaften und wie sich diese wieder den katholischen Grundsätzen gegenüber zu verhalten hätten.

Der Papst hat den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften nicht empfohlen, er gestattet ihnen diesen Beitritt jedoch unter besonderen, in der Enzyklika näher gekennzeichneten Umständen. Den christlichen Gewerkschaften sagt die Enzyklika, daß sie von der katholischen Kirche aus weiter gebildet werden sollen.

Diese in der Enzyklika ausgesprochene Duldung zeigt aufs neue, wie dem katholischen Oberhirten die christlichen Gewerkschaften aus tiefstem Grunde lästig und zuwider sind. Und nach alledem, was wir von Pius X. über seine Ansichten in der Gewerkschaftsfrage wissen, steht fest, daß er ein Verbot der christlichen Gewerkschaften lieber als die Duldung ausgesprochen hätte. Was war aber zu machen! Eine Bewegung, die viele Jahre hindurch besteht und eine gewisse Zahl Anhänger mit sich führt; eine Bewegung, für die sich haufenweise weltliche und geistliche Fürsprecher finden, kann nicht so ohne weiteres mit einem Feherspruch aus der Welt heraus dekretiert werden, ohne daß Komplikationen entstehen. Und wie die Dinge in Deutschland nun einmal liegen, wären bei einem Verbot der christlichen Gewerkschaften schwere Erschütterungen selbst der katholischen Kirche nicht erspart geblieben. Das alles wird den Papst veranlaßt haben, diese Gewerkschaften auf die Dauer oder nur — bis auf weiteres noch zu dulden.

Nun ist es nicht uninteressant, zu untersuchen, wie sich die christliche Gewerkschaftsbewegung nach Erscheinen der Enzyklika verhalten hat und welche Rückschlüsse aus diesem Verhalten heraus für Gegenwart und Zukunft gezogen werden können. Allerdings läßt eine solche Untersuchung auf allerschwerster Schwierigkeiten. Die christlichen Gewerkschaften sind keine Bewegung, die ihre gewerkschaftliche Tatkraft, ihr Tun und Handeln der Öffentlichkeit so offenbaren, wie wir das bei den anderen Gewerkschaftsrichtungen gewohnt sind. Es liegt im Wesen der christlichen Gewerkschaften, daß sie einen großen Teil ihrer Tätigkeit hinter die Kulissen verlegen müssen und daß innerhalb der christlichen Gewerkschaften Geschichten vor sich gehen, von denen selbst der Anhang keine Ahnung hat. Dennoch sichert manches in die Öffentlichkeit durch, was für diese nicht bestimmt ist, und vieles läßt sich trotz aller Heimlichkeit nicht unterdrücken, weil die Kulissenarbeit selbst eines eng begrenzten Personenkreises schließlich sich nach außen hin so oder so doch bemerkbar machen muß.

Doch sehen wir zu, wie sich die Dinge nach dem 24. September 1912 gestaltet haben:

Als die Enzyklika erschien, erhob sich im christlichen Gewerkschaftslager viel Spektakel, aber das

war mehr hohler, leerer Spektakel, der in einigen Tagen, auf ein Kirchentommando hin, auch plötzlich verpuffte. Schon ehe die lang vorher angekündigte Enzyklika veröffentlicht wurde, war deren Inhalt den christlichen Gewerkschaften nicht fremd. Man wußte ja längst, was Rom wollte, und schon vor dem 24. September 1912 fing man an, sich auf die Enzyklika einzurichten. Wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, daß beim Verrat der christlichen Gewerkschaften anläßlich des großen Bergarbeiterstreiks nicht nur politische Motive mitgesprochen haben, sondern daß auch hier schon Rücksicht auf päpstliche Anschauungen in Streikfragen genommen wurde. Wie bei christlichen Streikbrechereien schon vorher und erst recht nachher.

Auch der nach Essen-Ruhr einberufene Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der sich mit der Enzyklika beschäftigen sollte, war nichts weniger als eine nicht ernst zu nehmende Demonstration. Sollte es anders sein, dann hätte man so deutlich wie seinerzeit in Zürich den Bischof, so auch in Essen den Bischöfen und dem Papst zurufen müssen: „Weiterher und nicht weiter! Aber daran dachte man nicht. Man nahm die Enzyklika als etwas Vorausgesehenes und Unabwendbares an und war froh, daß man die Duldung der christlichen Gewerkschaften aus ihr noch herausinterpretieren konnte. Wer mehr zugunsten der christlichen Gewerkschaften herauslas, betrog sich und andere. Die Sachenden waren die sogenannten „Berliner“, denen die Enzyklika auf den Leib zugeschnitten war. Lügen die Verhältnisse in Deutschland nicht so eigenartig, fürwahr, diese hätten aus der Enzyklika den größten Nutzen für sich ziehen können. So aber sprach mit Rücksicht eben auf die Verhältnisse in Deutschland der Papst die Duldung der christlichen Gewerkschaften aus und legte diesen selbst die Pflicht auf, sich den päpstlichen Wünschen, soweit wie es die Umstände zulassen, in Gewerkschaftsfragen zu fügen. Der Papst beauftragte den hohen klugen Klerus in Deutschland, die Sache mit den christlichen Gewerkschaften ins Reine zu bringen, deren zukünftige Haltung zu überwachen und, wo nötig, auch einzuspringen und die kirchlichen Gewalttätigkeiten zu verhindern. Bischöfe und christliche Gewerkschaften sollten sich zu „verständigen“ suchen. Das letztere ist geschehen und hier und da ist es dabei zu eigenartigen aber verständlichen Resultaten gekommen. Wir erinnern an die Vorkommnisse im Saarrevier, in dem Hengstfeld, wo der Streit um das Gewerkschaftsprinzip zwischen christlichen Gewerkschaften und der „Berliner Richtung“ am heftigsten tobte, und wo die ersten selbst vor dem Aufbruch gegen den zuständigen Bischof und die ihm ergebenden Priester nicht zurückschredten.

Im Saarrevier war es so weit gekommen, daß die christlichen Gewerkschaften, entgegen dem Willen des Bischofs, einen Sonderverband der katholischen Arbeitervereine für die Diözese Trier gründeten wollten. Alle Vorarbeiten waren getan, Konferenzen hatten stattgefunden und in den Zeitungen ließ man durchblicken, daß man sich unter Umständen als Leiter und Präses der einzelnen den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Vereine gar Laien statt Geistliche suchen würde. Um diese Neugründung zu verhindern und die christlichen Empörer zur Ruhe zu bringen, eilte der Bischof von Trier selbst nach Saarbrücken, und es ist ihm gelungen, die christlichen Gewerkschaften von ihrem unkirchlichen Verhalten nicht nur abzuhalten, sondern auch die diesen nahestehenden Vereine wieder zum Gehorsam gegen die bischöfliche Behörde zu zwingen. Der Bischof befahl das Zusammenarbeiten der feindlichen Vereine wie überhaupt die Einstellung des Kampfes der christlichen Gewerkschaften gegen die Arbeitervereine Berliner Richtung. Es ist hart bei den Aussprachen in Saarbrücken zugegangen, aber was dem Bischof seit Jahren nicht gelungen war, brachte er doch in wenigen Tagen fertig: Er erzwang die Einhaltung der Nöthigkeiten der Enzyklika. Die radikalste Organisation unter den christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter, zog sich vom Kampfsplatz zurück; die Zentralpresse, die in Leitartikeln und zahlreichen Notizen den christlichen Gewerkschaften in ihrem Felszug gegen den Bischof und

die „Berliner“ kräftig beigeprungen war, hat bis heute keine Zeile mehr in der Streitfrage gebracht. Kein Wort haben wir in der katholischen Saarpresse beider Richtungen auch über die vom Bischof gepflogenen Verhandlungen gefunden. Aber ihre Haltung früher und heute zeigt uns das Ergebnis des bischöflichen Eingreifens so klar wie nur möglich. Wie gesagt, die Verhandlungen haben damit geendet, daß die Arbeitervereine beider Richtungen sich verpflichten mußten, in der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten. Welche Wendung durch des Papstes Fügung.

Wie im Saarrevier, so haben die christlichen Gewerkschaften und die ihr ergebenden Zentrumzeitungen auch in anderen Bezirken den Kampf gegen die Arbeitervereine Berliner Richtung so gut wie eingestellt. Etwas Nachgrollen, weiter ist nichts zu beobachten. Man sucht sich anzupassen, mindestens gegenseitigen Zänkereien aus dem Weg zu gehen. Sogar in den Hochburgen der christlichen Gewerkschaften ist die Kampfesstimmung gegen die gewerkschaftlichen Widersacher gebrochen.

In der Kölner Diözese ist Herr v. Hartmann als Erzbischof eingezogen, von ihm weiß man, daß er in der Gewerkschaftsfrage genau so denkt, wie der Papst. Das hat er noch am letzten Simmelfahrtstage dem Verband katholischer Kaufleute — der auf katholischen Richtlinien, gemäß den päpstlichen Entscheidungen aufgebaut ist — gegenüber zum Ausdruck gebracht. Der neue Erzbischof wird die christlichen Gewerkschaften im Kölner Bezirk schon an den Kantaten halten, ebenso sein Nachfolger in Münster, der in seinen Anschauungen mit dem Erzbischof konform geht. Auch der Bischof von Paderborn, wie noch viele andere deutsche Bischöfe sympathisieren mit den „Berlinern“. Das beweisen die Glückwunschsadressen zu der letzten Jahrestagung der Berliner Vereine. In Paderborn haben sich in einer Versammlung am 15. Mai christliche Gewerkschaftler und „Berliner“ gegenseitige Anerkennung ausgesprochen! Im übrigen: Ist es Zufall, daß die Kontrolle der katholischen bzw. christlichen Arbeiterbewegung im „verseuchten Westen“ jetzt in solchen „Berliner“ freundlichen bischöflichen Händen liegt? Wir glauben nicht. Auch im Süden Deutschlands haben sich die christlichen Gewerkschaften so durchgemauffert, daß einer ihrer Führer (Walterbach) gar zum päpstlichen Kammerer ernannt worden ist.

Christlicher Arbeitererrat, fortgesetzter Streikbruch, Demunziationen, der marktschreierisch betonte Verzicht auf das Streikrecht für Verlehrsarbeiter und Beamten, alles das zeigt uns, wohin auch in Süddeutschland die christlichen Gewerkschaften und mit ihnen die katholischen Arbeitervereine geraten sind. Ob solcher Entwicklung muß selbst einem Bischof Henke von Regensburg das Herz vor Freude im Leibe hüpfen. In West- und Süddeutschland, in Mittel- wie in Ostdeutschland, überall gilt das Wort Traube, daß die christlichen Gewerkschaften nur noch eine von Bischöfen und Kaplänen geleitete und behütete Arbeiterschaft bilden! Der Einfluß der evangelischen Kirche ist da gleich Null, die evangelischen Arbeiter trotten höchstens als die Genasführten und Betrogenen dem Agitationskaren christlichen Gewerkschaften her. Diesen scheint es noch mit Rücksicht auf ihre Schwäche und das stetige Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung opportunistisch, die evangelischen Arbeiter mitzuschleppen. Die Zeiten der Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften brauchen aber nicht ewig zu dauern. Wir wissen, daß es heute katholische Arbeiterführer gibt, die die zu enge Verbindung mit den Evangelischen lebhaft bedauern und die sich von einer reinen katholischen Bewegung mehr Erfolg versprochen hätten.

Wer aber noch darüber im Zweifel sein sollte, wohin die christlichen Gewerkschaften gesteuert sind, der beobachte die gewaltigen Anstrengungen der christlichen Führer, die katholischen Arbeitervereine mit Hilfe des Klerus in ihre Gewerkschaften hineinzubringen. Gewiß, viele katholische Diözesanverbände haben sich schon früher für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen, aber jetzt betreibt man in diesen Verbänden wie in den übrigen katholisch konfessionellen Vereinen mit Hochdruck die Agitation.

Für die einzelnen Diözesen werden gemeinschaftliche Arbeiter- und Demonstrationstage einberufen, alle konfessionellen Vereine werden zur Mitwirkung eingeladen, Zentrumsgrößen und die Geistlichkeit assistieren diesen Veranstaltungen. Bischöfe erscheinen in konfessionellen Arbeiterversammlungen und fordern zum Eintreten in die christliche Gewerkschaftsbewegung auf. Und überall beruft man sich auf die päpstliche Enzyklika. Die konfessionellen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, die in Deutschland auf katholischer Seite allein, ausschließlich der „Berliner“, 700 000 bis 800 000 Mitglieder zählen, sollen jetzt mit Hochdampf die christlichen Gewerkschaften auf die Strümpfe bringen. Es wird bei diesen Tagungen von christlichen Gewerkschaftsführern nicht nur viel von nationalen und religiösen Pflichten und Aufgaben gesprochen, nicht nur über die notwendige Gewerkschaftlichkeit zwischen Arbeiter und Unternehmer; nein, Herr Stegerwald bedauerte es schon in einer Arbeiterversammlung in Süddeutschland, daß das Mainzer Programm (das der christliche Gewerkschaftskongreß in Mainz für die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1899 aufstellte) Irrtümer und Unklarheiten enthalte!

In diesem Mainzer Programm ist davon die Rede, daß eine wirtschaftliche Organisation sich mit religiösen und Parteifragen nicht zu beschäftigen habe. Es ist viel vom Streit und seiner Anwendung zur Besserung der Arbeiterlage die Rede, von der bestmöglichen Gestaltung der Preise für die Bare Arbeit, vom event. Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften usw. Die Wirkung des Mainzer Programms waren die noch radikalere Darlegungen auf dem Frankfurter christlichen Gewerkschaftskongreß. Meinte doch August Brust, daß die christlichen Gewerkschaften das Wörtchen „christlich“ aus ihren Statuten ruhig streichen könnten. Braun-München sprach von Generalstreik, andere von Einheitsorganisationen der Christlichen mit den freien Gewerkschaften. Giesberts lehnte ab, die Kämpfe der freien Verbände zu hemmen. Heute flennen die christlichen Gewerkschaftsführer über die Existenz des Mainzer Programms und halten das, was in ihm gewerkschaftlichen und vernünftigen Grundätzen entspricht, für unheilvoll, für irrtümlich, für unverantwortlich! Sie rüden mehr und mehr von den für die Arbeiterschaft so segensreich wirkenden freien Gewerkschaften ab und sehen sich mit den Selbstenführern an einen Tisch, um den rassistischen Zielen der freien Gewerkschaften, selbst auf dem Gebiete des Versicherungswesens entgegenzuwirken. Ein schmückiger Verrat der christlichen Gewerkschaften treibt den anderen. Und würde das plötzliche Aufgeben der Interkonfessionalität nicht mit großen Organisationschädigungen verbunden sein, würde die Politik der christlichen Gewerkschaften und der mit ihr verbundenen Zentrumspartei in Deutschland eine Isolierung der katholischen Bevölkerung auf politischem Gebiete ertragen, dann würde man auch den letzten wichtigen Rest des Mainzer Programms, eben die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften aufgeben. So wie es heute steht, geht es aber nicht, das hat der Papst selbst einsehen müssen, und er hat hier in seiner Enzyklika Ausnahmestimmungen für die christlichen Gewerkschaften getroffen. Er war nicht schlecht beraten, als er diese Ausnahmestimmungen zuließ, sie entsprechen den deutschen Verhältnissen. Und die christlichen Gewerkschaften erweisen dem Papst auf anderen Gebieten so viel Dankbarkeit und Entgegenkommen, daß er damit zufrieden sein kann.

Mit obigen Strichen ist gezeigt, wie sich die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren entwickelt haben. Was sie jetzt sind, waren sie schon einmal während der Gründungsjahre. Als Nichtkampfbereine gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und dem Unternehmertum treten sie auf, als Kampforganisationen aber gegen ihre ringenden Klassengenossen. Ihre Aufgabe war die Zerspaltung und die Lahmung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte der modernen Arbeiterbewegung. Diese Aufgaben haben sie von Mainz ab für einige Jahre zurückgestellt, aber sie sind von ihren Gründern und Förderern und schließlich von der kirchlichen Autorität auf das

alte Gleise wieder zurückgeworfen worden. Man täusche sich nicht, daß hier und da die christlichen Gewerkschaften noch in wirtschaftliche Gespinnel geraten, daran haben mehr die Unternehmer schuld, die die Zerspaltungstätigkeit der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung gern anerkennen, aber ihren Profit nicht durch sie geschmälert wissen wollen. Daher die hier und dort noch ausbrechenden Kämpfe, die die Unternehmer bei dem geringfügigsten Entgegenkommen vermeiden könnten. Bei den großen Tarifkämpfen in Deutschland erweisen sich die christlichen Gewerkschaften noch zu schwach, um ihre eigenen Wege zu gehen, sie werden es aber auch hier tun, sobald sie es können.

Die freien Gewerkschaften mögen auf ihrer Hut sein. Was wir angeführt haben, sind zwar Einzelercheinungen, aber sie treiben alle nach einer und jener Richtung zu, die wir angedeutet haben.

Aus dem Bestreben der christlichen Gewerkschaften heraus, Kraft zu gewinnen, um dem Emanzipationskampf der Arbeiter hindernd in den Weg zu treten, entsteht von selbst für die freien Gewerkschaften die Aufgabe, den Zerspaltenern und Zerstückelern der deutschen Arbeiterreinigkeit auf das Kräftigste den Marsch zu blasen. Unermüdliche Agitation der freien Verbände unter den indifferenten Arbeitern muß einsehen und auch tüchtige Aufklärungsarbeit muß unter den christlich organisierten Arbeitern geleistet werden. Es wird zwar schwer sein, die letzteren endlich in Massen darüber aufzuklären, daß der verhärtete Kampf der christlichen Gewerkschaften gegen die freien Verbände und gegen die Sozialdemokratie letzten Endes nichts mehr und nichts weniger ist, als ein Kampf gegen die Interessen der gesamten Arbeiterklasse überhaupt. Diese Aufklärungsarbeit wird schwer, aber nicht ohne Erfolg sein.

## Korrespondenzen.

Berlin. Die am 28. Mai stattgefundene Mitgliederversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Vortrag des Kollegen Otto Baumgarten über „Reiseerlebnisse in England.“ 3. Erziehung eines Schriftführers oder einer Schriftführerin. 4. Verschiedenes. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls vom 20. April teilte Kollege Gloth das Ableben der Kollegin Much und der Kollegen Pfäume, Buxler und Weyland mit; die Versammlung erhob sich von ihren Plätzen. Die Kassensünden des Kassierers sind durch die Verlängerung der Bureauezeit bis 1 Uhr ebenfalls bis 1 Uhr verlängert; die Kollegen und Kolleginnen werden um Innehaltung derselben ersucht. Des Weiteren stellte der Vorsitzende ein Gerücht über Entlassungen in einer größeren Zeitungsdruckerei richtig, dieselben waren durch Aufstellung von 64 seitigen Maschinen sowie von Schnürmaschinen erfolgt. In einer anderen großen Druckerei sollte den Kollegen die Zeit zur Landtagswahl abgezogen werden, dies wollten sich die Kollegen nicht gefallen lassen und wollten dann über die freizugebende Zeit selbst bestimmen. Durch den Rat des Vorstandes, vorläufig die Arbeit, wie seitens der Geschäftsleitung festgelegt, zu machen und dann zu verhandeln, welchen die Kollegen auch befolgten, wurde ihnen die Zeit nicht in Abzug gebracht. Die in voriger Versammlung angeregte Arbeitsnachweisfrage hat der Vorstand eingehend besprochen und auch Remedur geschaffen. Zur besseren Kontrolle durch die Arbeitslosen werden die Arbeitslosenkarten nummeriert, seitens der arbeitslosen Kollegen müsse aber verlangt werden, daß sie pünktlicher im Nachweis erscheinen. Zu der am 4. Juni stattfindenden Vertrauenspersonensitzung sollen die Vertrauensleute und Druckereikassierer erscheinen. Die Sparten für den Besuch der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig sowie die Sparmarken von 25 Pf. werden vom 1. Juni ab im Bureau ausgegeben und wurden die Mitglieder um recht rege Beteiligung ersucht. Im Steinbrudergewerbe versuchen andere Organisationen, das Hilfspersonal für sich zu organisieren. Der Vorstand ersuchte, ihn von Veranstaltung derartiger Versammlungen usw. sofort in Kenntnis zu setzen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte hielt Kollege Otto Baumgarten seinen circa einstündigen interessanten und mit gutem Humor gemischten Vortrag über seine, auf Einladung englischer Genossen stattgefundene Reise nach

England mit dem Ausschluß der Berliner Gewerkschaftskommission. Derselbe Vortrag soll nochmals in einer hoffentlich besser besuchten Versammlung gehalten werden. Der dritte Punkt der Tagesordnung, welcher sich notwendig gemacht, da die bisherige Schriftführerin Kollegin Eise Langer krankheitshalber den Posten niedergelegt, mußte vertagt werden, da alle vorgeschlagenen Kandidaten ablehnten. Ein Vorschlag, Karten zur Kontrolle beim Versammlungsbesuch einzuführen, wird nach kurzer Diskussion zurückgezogen. Eine längere Diskussion entspinnt sich über eine Anregung des Kollegen Preising, der Vorstand möge mehr Agitation im Buchdruckfach entfalten. Da diese Anregung in einer Form vorgebracht wurde, aus der der Vorstand schließen mußte, daß ihm der Vorruf der Pflichtverletzung gemacht wird, war die Diskussion eine sehr lebhaft. Nachdem noch eine Anfrage sowie einige Verwaltungsangelegenheiten betreffs Befehzung von Sonnabendnächten usw. erledigt waren, schloß Kollege Gloth die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation um 11 Uhr. (Eingeg. 3. 6.)

Strasbourg i. E. Die ordentliche Generalversammlung am 24. Mai war leidlich gut besucht; es finden jedoch immer noch die weiblichen Mitglieder nicht so recht den Weg in die Versammlungen. Nach Eröffnung der Versammlung durch den ersten Vorsitzenden, welcher einleitend den auf einer Agitationsstour erschienenen Gauleiter Kollegen Werner im Namen der Zahlstelle begrüßte, teilte derselbe unter Geschäftlichem mit, daß sich in Kehl ein Gewerkschaftskartell gebildet hat, welches von uns nur zu begrüßen ist, weil wir durch Unterstützung desselben in nächster Zeit versuchen werden, die dortigen Hilfsarbeiter dem Verbandsbezug zuzuführen. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß zwei Kolleginnen in der Firma H. Schulz u. Co. von einem Steinbrud-Maschinenmeister geschlagen worden sind und sich deshalb bei dem Obermeister beschweren wollten, worauf sie ohne Innehaltung der Kündigung sofort entlassen wurden. Vor dem Gewerbegericht wurde den zwei Kolleginnen ihr Recht ausgesprochen. Ein Vorschlag des Gauleiters, die Vorstandssitzungen auf die erste Woche im Monat, dagegen die Versammlungen auf die dritte Woche festzulegen, um sie regelmäßig in unserem Mitteilungsblatte bekanntzugeben, wurde angenommen. Hierzu gab der Kassierer Kollege Schneider den Kassenbericht vom ersten Quartal. Aus demselben war zu ersehen, daß der Kassenbestand sowie auch die Mitgliederzahl ebenfalls in diesem Jahre im Aufsteigen sich befindet. Auf Antrag der Revisoren, welche die Wichtigkeit der Kasse sowohl wie der Belege bestätigten, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Bei Punkt 3 der Tagesordnung sollte Stellung gegen einige Kollegen der Firma Schulz u. Co. genommen werden, welche sich fortgesetzt gegen ein Vorstandsmitglied unkollegial benommen haben. Nachdem aber die betreffenden Kollegen nicht erschienen sind, wurde auf Antrag des Kollegen Werner einstimmig beschlossen, in nächster Zeit die Mitglieder dieser Offizin auf Grund des § 5 Absatz a des Verbandsstatuts einzuladen, damit endlich einmal dieser Mißstand beseitigt wird. Das Resultat der Aussprache soll dann in einer darauf folgenden außerordentlichen Generalversammlung bekanntgegeben werden. Der zweite Vorsitzende erklärte, daß er bis zur Entscheidung dieser Angelegenheit in seinem Amte bleibt. Unter Verschiedenes erläuterte Kollege Werner in ausführlichen Zügen den Nutzen und Wert der vor kurzem von der Konsumgenossenschaft und den freien Gewerkschaften ins Leben gerufenen „Volkspflege“. In der Diskussion hierüber forderte der Vorsitzende die Anwesenden ab, dahin zu wirken, daß nicht allein jeder Kollege und jede Kollegin Mitglied der „Volkspflege“ wird, sondern daß auch diejenigen, welche einer anderen Versicherung noch angehören, derselben schleunigst den Rücken kehren, um nicht noch von dieser vollends ausgebeutet zu werden. Indem auch in letzter Zeit von anderer Seite der Versuch gemacht wurde, durch Agenten Mitglieder für eine sogenannte Volkspflege zu gewinnen, so ersuchte der Vorsitzende, sich nur durch die Vertrauenspersonen des Konsumvereins oder der Gewerkschaften aufnehmen zu lassen. Die Wahl des Kassierers unserer Gewerkschaft für die Volkspflege soll in der nächsten Versammlung erledigt werden. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die nächste Versammlung zahlreich besucht wird, nahm die Versammlung ihr Ende. Es sei noch nachzuholen, daß einem Mitgliede wegen reiterender Beiträge die Arbeitslosenunterstützung verweigert wurde. Mögen sich das die notorischen Restanten genau merken. (Eingeg. 2. 6.)

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 23

Berlin, den 7. Juni 1913.

19. Jahrgang.

## Aus dem Genossenschaftsleben.

**Volkfürsorge.** Nach erfolgter Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde ist am 17. Mai die Eintragung der „Volkfürsorge“ in das Handelsregister erfolgt. Nach den vielerlei Vorarbeiten ist nun die letzte geschäftlich vorgeschriebene Normalität erfüllt und die eigentliche Arbeit, die Agitation und der weitere Ausbau, kann beginnen. Wohl machen kapitalstarke Gesellschaften die größten Anstrengungen, um der „Volkfürsorge“ das Wasser abzugraben, die privaten Versicherungsgesellschaften haben ihren Betrieb vorzüglich organisiert, und für die Gewinnung neuer Versicherungsnehmer ist ein ganzes Heer von Agenten und Reisenden tätig. Die Volkfürsorge und ihre Freunde hoffen aber trotzdem auf den notwendigen Erfolg, weil sie der Meinung sind, daß die arbeitende Bevölkerung sich nicht mehr von den Sendboten des Kapitals einjagen lassen wird, um zu dem Millionen- und Milliardenreichtum der Versicherungsgesellschaften und ihrer Aufwärtler noch weiter ihre Spargroschen beizutragen, sondern daß sie die „eigene Organisation“, die zum Nutzen der Versicherungsnehmer arbeitet, vorziehen wird. Wir haben von anderen gelernt, wie die Organisation einer Versicherungsgesellschaft beschaffen sein muß, und wir werden deshalb der bestehenden Konkurrenz eine gleichschlagfertige und billigere Organisation gegenüberstellen. Wir glauben aber, einen Vorteil für uns zu haben, den uns keine Privatgesellschaft streitig machen und in dem sie uns auch keine Konkurrenz bieten kann, das ist die Erkenntnis der arbeitenden Bevölkerung von dem wirklich sozialen Wesen der Volkfürsorge im Gegensatz zur Privatversicherung, die bisher noch immer für die Herren Aktionäre die meiste Fürsorge entfaltete hatte. Die Selbsthilfe ist, wie immer, so auch hier das beste Mittel im Kampf gegen den auswuchernden Kapitalismus.

Die Großeinkaufsgesellschaft besitzt bekanntlich seit 1911 drei Zigarrenfabriken und zwar je eine in Hamburg, Frankenberg und Hohenheim. Die Fabriken erwiesen sich als zu klein und machten Erweiterungen notwendig. In Hohenheim ist jetzt ein Neubau der Fabrik fertiggestellt; dieser gibt Gelegenheit, eine Konsumgenossenschaftliche Zigarrenfabrik kennen zu lernen, die sich von Zigarrenfabriken der Privatindustrie in mancher Hinsicht unterscheidet. Das vornehme Gebäude ist auf einem freien Platze gelegen; das Grundstück umfaßt eine Fläche von 3275 Quadratmetern, von denen 1400 Quadratmeter bebaut sind. Der Bau selbst ist quadratisch angelegt und nur nach einer Seite hin offen. Die drei Flügel umschließen den großen Innenhof. Die Hauptfassade paßt sich in ihrem Barockgiebel der Umgebung (Kirche und Schulhaus) an. Das zum Bau verwendete Material ist solide; die Inneneinrichtungen entsprechen den in Konsumgenossenschaftlichen Betrieben stets genügten hygienischen Ansprüchen. Speiseräume, Badeeinrichtung, Ventilation und Heizung haben die diesen Dingen zukommende Ausführung erfahren.

Zurzeit werden hier annähernd 600 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die wöchentlich zirka 700 Milie Zigarren produzieren, die Löhne sind gegenüber denen der Privatindustrie um ein Viertel bis ein Drittel höher, die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 52½ Stunden. Die übrigen Bedingungen und Einrichtungen sind ebenfalls so gestaltet, daß sie jedem Privatbetrieb als Muster dienen könnten. Es ist lobhaft zu begrüßen, daß mit diesem Bau ein Betrieb hergestellt ist, der allen Ansprüchen in hygienischer Beziehung genügt. Dies ist für Raucher jedenfalls sehr wichtig zu wissen, um so mehr, als gerade in der Tabakverarbeitung sowohl in Fabriken als auch in

in der Heimindustrie oftmals die furchterlichsten Zustände herrschen.

**Agrarier im Kampf gegen die Konsumvereine.** Wir haben schon des öfteren Gelegenheit gehabt, von dem Kampf der Agrarier im Lande des Röhrenkopfes gegen die Konsumvereine zu vernehmen. So hat der Besitzer des Gutes Reddersdorf bei Sulze verlangt, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter den Austritt aus dem Konsumverein erkräften, widrigenfalls die Entlassung aus der Arbeit erfolge. Trotz des Röhrens, den gehorjamen Knechten Vergünstigungen zu gewähren, trachten weder Drohungen noch Versprechungen den gewünschten Erfolg, und so kam es dazu, daß Arbeiter, die zum Teil 30 Jahre dort beschäftigt waren, lieber arbeitslos wurden, als ihr gutes Recht aufzugeben. Diesem terroristischen Gewaltakt Geschmach abzugewinnen, das bekommen die geborenen Feinde der Konsumvereine ohne Schwierigkeiten fertig. Schreibt doch das Händlerblatt, der „Materialist“, in Nr. 18 dazu:

Die ganze Umgegend ist geschlossen vorgegangen und es ist keinem Konsumvereinsmitglied möglich, auf den Höfen Arbeit zu bekommen. Es ist mit großer Freude zu begrüßen, daß gerade von konservativer Seite dem Mittelstande geholfen wird, und es ist mir zu wünschen, daß überall ein solches Verhältnis zwischen Konservativen und Mittelstand herrscht.

Es bleibt die Frage offen, was geschehen würde, wenn die Arbeiter von Sülze den Spieß umdrehen und jeden Händler boykottieren würden, der diesem terroristischen Gutsherrn Ware liefert. Der Schrei nach dem Staatsanwalt wäre gewiß das mindeste. G. r. t.

\* \* \*

**Arbeitsstreitigkeiten bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.** Am Freitag, den 2. Mai, haben 77 bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschäftigte Buchdrucker ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Am 10. Mai schieben sie aus dem Betrieb aus.

Auf die in der Tagespresse an die Tafel gedrückte Darstellung der Ursachen durfte die Geschäftsleitung nicht erwidern, da sie damit gegen die tariflich vorgeschriebene Form der Erledigung von Streitigkeiten verstoßen hätte. Es erübrigt sich auch, an dieser Stelle weiteres mitzuteilen, als den Umstand, daß die Differenzen ihren Ursprung nahmen in Meinungsverschiedenheiten über die Zugehörigkeit von Buchdruckern zur Unterstützungs-kasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Das Statut der letzteren sieht den Zugehörigkeitszwang vor, der Tarif der Buchdrucker läßt die Auffassung zu, als sei solcher Zwang tarifwidrig. Inzwischen sind die Differenzen behoben, wie aus nachstehendem hervorgeht:

**Verständigung über Beilegung der Differenzen zwischen den in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschäftigten Buchdruckern und der Geschäftsleitung.**

Die nachstehende Verständigung wurde vereinbart in einer Zusammenkunft am Donnerstag, dem 15. Mai, an der seitens des Tarifausschusses der Prinzipalvertreter Herr Freitag und der Gehilfenvertreter Herr Dreier, seitens des Kreisvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins Herr Profschel, seitens des Gauvorstandes des Buchdruckerverbandes Herr Steinhardt, als Vertreter des Zentralvorstandes des Verbandes der deutschen Buchdrucker Herr Döblin und seitens der Geschäftsleitung die unterzeichneten Vorstandsmitglieder Heinrich Kaufmann und Dr. Aug. Müller sowie der Betriebsleiter Herr Steinbock teilnahmen.

1. Das gesamte aus den Betrieben der Verlagsgesellschaft ausgeschiedene Buchdruckerpersonal wird nach Maßgabe der vorhandenen

Plätze zu den bisher für sie geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder eingestellt.

2. Die vom Buchdruckerpersonal aufgestellten Forderungen werden, soweit sie nicht durch den Inhalt dieser Erklärung gegenstandslos geworden sind, zurückgezogen.

Es wird anerkannt, daß die Entlassung der drei Buchdrucker, die sich weigerten, der Unterstützungs-kasse beizutreten, obwohl sie vom Tarifschiedsgericht als tarifwidrig bezeichnet wurde, den Bestimmungen entspringen ist, den gesamten beschäftigten Buchdruckern die Mitgliedschaft bei der Unterstützungs-kasse zu ermöglichen. Sie kann daher nicht als Maßregel im üblichen Sinne des Wortes gewertet werden.

Die in der öffentlichen Erörterung dieses Falles erfolgten Angriffe gegen die Geschäftsleitung werden, soweit sie dazu geeignet sind, deren Ansehen zu schädigen, zurückgenommen.

3. Maßregelungen finden nicht statt. Falls Entlassungen notwendig werden, erfolgen sie aus geschäftlichen Gründen.

4. Die Frage der Zugehörigkeit der Buchdrucker zur Unterstützungs-kasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine soll durch eine besondere Verständigung geregelt werden. Der aus diesem Anlaß entstandene Konflikt ist zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt.

5. Beide Parteien einigen sich dahin, aus prinzipiellen Gründen die anhängig gemachte Feststellungs-klage, ob die Massenfindigung tarifwidrig war, zur Entscheidung zu bringen. Weitere Konsequenzen für das wiederhergestellte Personal werden aus dem Ausfall dieser Entscheidung nicht gezogen.

**Für die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.**  
Der Vorstand:

gez. Heinrich Kaufmann.  
Dr. Aug. Müller.

**Für den Verband der deutschen Buchdrucker:**  
gez.: Emil Döblin.

## Rundschau.

**Der Buchdruckerverband im Jahre 1912.** Der Jahresbericht dieser Organisation erstreckt sich im Hinblick auf die Mitte Juni in Danzig tagende Generalsammlung über die zwei letzten Jahre. 1911 wurde nach langwierigen und äußerst schwierigen Verhandlungen, im Tarifausschuß der Buchdrucker der Tarif einer Revision unterzogen. Diese Erneuerung des Reichstarifs brachte der Allgemeinheit der Buchdrucker Geständnisse, die in ihrem Wert unverkennbar sind.

Das Jahr 1912 hat dann eine im allgemeinen erfreulich glatte Einführung der neuen tariflichen Bestimmungen gebracht. Aber es setzte auch eine Radikalpolitik der Unternehmer ein, manche Vergünstigung wurde entzogen, manche Härte griff Platz. Nicht nur wurde die Arbeitslosigkeit durch die forzierte Aufstellung von Sechsmaschinen und leistungsfähigeren Druckmaschinen eine noch größere, sondern durch Uebergang vom Akkordlohn zum Gehilfengebe (Wochenlohn) wurden namentlich viele der älteren Zeitungsetzer in Berlin empfindlich betroffen. Der Organisation erwachsen durch das unausgesetzte rapide Vordringen der Maschine — nicht etwa nur der Sechsmaschine — immer größere Schwierigkeiten. Wenn im Tarif nicht ein die Arbeit der verschiedenen Branchen im einzelnen bestimmendes Reglement enthalten wäre, würde manches schlechter und die Arbeitslosigkeit gewiß noch höher sein, als sie ohnehin schon ist.

Im Berichtsjahre hatte der Verband außerdem mit erheblichen prinzipiellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da ging die Unternehmerorganisation auf ihrer vorjährigen Generalsammlung daran, für die nächste Tarifrevision (1916) sich einen Abwehr- oder Streikfonds zu schaffen, für den nach der Kopfzahl der beschäftigten Arbeiter ein obligatorischer Wochenbeitrag zu entrichten ist.

Ferner wurde eine aus ganz Deutschland sich zusammenziehende Tarifkommission gebildet, die eigentlich keinen anderen Zweck hat, als Vorschläge zur Verschlechterung des Tarifs im Jahre 1916 ausgearbeitet. Dann tut sich die direkt tarifgegnerische und verbandsfremde kleine Nebenorganisation der Unternehmer, der Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe, der im Auftrag des Zentralverbandes deutscher Industrieller handelt und in dessen Solde steht, unruhiglich hervor. Mit allerlei öffentlich erhobenen Verdächtigungen und durch Petitionen an die Bundesregierungen — veritablen Demunziationen — arbeitete sie, den Frieden im Gewerbe zu stören, welche edle Beschäftigung dadurch besonderes Interesse gewinnt, daß ein Pastor a. D. namens Jillessen in Berlin der Führer dieser extremen Schrammcher ist. Weiter vollführte der Kreis II (Rheinland-Westfalen) der Hauptorganisation (Deutscher Buchdruckerverein) im Frühjahr und im Herbst 1912 einen Heidenlärm, der sich zum Teil gegen die oberen Tarifinstanzen, in der Hauptsache aber gegen den Buchdruckerverband richtete und zugunsten seines bei der Tarifrevision 1911 wieder einmal wie auch in der Tarifauschussung am 21. und 22. April d. J. mit seinem Anspruch auf Gleichberechtigung in den Tariforganen abgefallenen Schützlings Gütenbergbund unternommen wurde. Dieser selbst machte seiner Eigenschaft als christliche Organisation alle Ehre, indem er das saubere Geschäft der Probotation und Demunziation gegenüber der Tarifgemeinschaft und dem Verband in noch größerem Maßstabe als die mit ihm konkurrierende Zerpflückerungsorganisation auf Unternehmerseite betrieb, sogar die Parlamente Reichstag und bayerischen Landtag mit seinen Nichtswürdigkeiten besetzte. Im Jahresbericht wird auch erwähnt, was eine Konferenz der Gewerkschaften zu diesen Vorgängen und Maßnahmen zu erklären hatte, daß darauf eine Aussprache mit der Leitung der Unternehmerorganisation stattfand, die zwar beruhigende Versicherungen abgab, aber ein beunruhigendes Zukunftsprogramm für 1916 dabei durchblicken ließ. Man darf gespannt sein, wie sich die Dinge bei den Buchdruckern noch entwickeln werden. Ihre Tarifgemeinschaft, die jetzt für etwa 70 000 Gehilfen von 74 000 überhaupt beschäftigten volle Geltung hat, steht zweifellos im Mittelpunkt der Beachtung, aber auch der Bekämpfung aller Unternehmertypen.

Der Buchdruckerverband hat aber trotz der enkafelten Hege und der sich mehrenden Schwierigkeiten seinen Weg weiter genommen. Seine Mitgliederzahl stieg auf 67 273, was einer Zunahme von 2480 entspricht, wovon fast ausschließlich nur noch Ausländische in Betracht kommen. Die von einflussreichen Kreisen mit erlaubten wie mit unerlaubten Mitteln geförderte Asterorganisation Gütenbergbund kann trotzdem, selbst mit Einschluß ihrer österreichischen und schweizerischen Filialen, aber nur 194 neue Mitglieder verzeichnen, womit sie ganze 3296 Mitglieder zählt.

Enorme Aufwendungen hatte der Verband für die Arbeitslosenunterstützung zu machen, die zum ersten Male über eine Million Mark — 1 151 606 Mk. gegen 920 612 Mk. in 1911 — erforderte. Dementsprechend war auch die Arbeitslosenziffer hoch: 4,75 Prozent (Vorjahr 4 Prozent), auf jedes Mitglied ungerechnet entfielen 17,50 (14,50) Arbeitslosentage im Jahr. Die Krankenliste für die gegen gefallen: 2,75 (3,15) Prozent. Vorausgibt wurde an Unterstützung für Kranke 906 915 (977 420), an Invaliden 379 499 (358 252), für wandernde Mitglieder 227 453 (188 586), für Gemahlsregelte 8342 (3622), als Unzugsbeträge 43 700 (40 439) und als Begräbnisgeld 98 173 (93 400) Mk. Sämtliche Unterstützungszweige erforderten 2 817 059 (2 579 131) Mk. Dazu wurden aus dem Gew- und den Mitgliedschaftskassen noch Zuschüsse im Betrage von über 800 000 Mk. gezahlt. Das sind gewiß gewaltige Summen und große gewerkschaftliche Leistungen.

Aber auch das Einnahmekonto weist imponierende Zahlen auf, nämlich 3 898 655 Mk. für 1912 und 3 704 623 Mk. für 1911. Der Beitrag für in Betracht der übermäßigen Unterstützungsanforderungen wie im Hinblick auf die ganzen Verhältnisse ab 1. Januar d. J. um 10 Pf., also auf 1,20 Mk. erhöht worden, wozu noch Gew- und Lokalbeiträge bis zu 70 Pf. pro Woche treten. — Der Buchdruckerverband schließt das Jahr 1912 mit einem Vermögensbestande von 9 768 791 Mk. (Vorjahr 8 998 458 Mk.) ab, ohne die besonderen Verwaltungsverhältnisse in den Mitgliedschafts- und Gewässen, die am Jahresabschluss ungefähr drei Millionen Mark aufzuweisen hatten.

Der Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe hält seine neunte Generalversammlung am 10. August und folgende Tage in Stuttgart ab. Vorher finden gesonderte Konferenzen statt für die im Verband vertretenen Branchen. Einer der wichtigsten Punkte des Verbandstages soll die Aussprache über „Technische Umwälzungen im graphischen Gewerbe“ werden. Die gewaltige technische Entwicklung, die in den letzten Jahren das graphische Gewerbe erfasst hat, hatte eine solch weitgehende Ersparnis von Arbeit zur Folge, daß speziell in der Lithographie Hunderte von gelerntem Arbeitern entlassen und vom Berufe abgedrängt worden sind. Durch eine Ausstillung von Druckerzeugnissen soll die technische Entwicklung veranschaulicht werden. — Bei den Geschäftsberichten der einzelnen Verbandsinstanzen soll auch der gegenwärtige Stand der graphischen Industrieberandsache erörtert werden. — Von großer Bedeutung für den Verband war der Streik- und Aussperrungskampf 1911/1912, der größte Lohnkampf, den das deutsche Lithographie- und Steinbrudergewerbe bisher zu bestehen hatte. Die Beratungen hierüber sollen in einer geschlossenen Sitzung stattfinden. — Weitere Beratungspunkte des Verbandstages sind: Aussprache über die Lehrlingsabteilung des Verbandes, Statutenberatung, Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß und zum internationalen Kongreß der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe in Wien im August d. J., ferner allgemeine Anträge und Wahlen der Verbandsinstanzen. — Der Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe Deutschlands hat nach der letzten Abrechnung 16 782 Gehilfenmitglieder und 2322 Lehrlingsmitglieder.

Das Resultat der großen Bewegung im Bauergewerbe, die jetzt friedlich beendet ist, faßt „Der Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes, wie folgt zusammen: Es erhalten 35 697 Kollegen 3 Pf., 55 442 Kollegen 4 Pf., 94 226 Kollegen 5 Pf., 45 951 Kollegen 6 Pf., 24 684 Kollegen 7 Pf., 10 982 Kollegen 8 Pf., 1360 Kollegen 9 Pf., 3362 Kollegen 10 Pf. und 1340 Kollegen 12 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Im ganzen Reiche ergibt sich für 273 044 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5,11 Pf. Rund 51 000 Kollegen sollen eine Verkürzung der Arbeitszeit erhalten. Daß bei dieser großen Bewegung der Kampf verniedert werden konnte, verdanken die Bauarbeiter vor allem ihrer gut gestärkten Organisation, die im letzten Jahre 335 561 Mitglieder zählte und ein Vermögen von 15 600 000 Mk. oder 47 Mk. pro Mitglied hatte. —

Christliche „Intelligenz“. Am 20. April d. J. fand in Dresden eine Konferenz christlicher Gewerkschaftler statt. Die christliche „Keramarbeiterzeitung“ berichtete über diese Konferenz und führte u. a. aus:

„Die Diskussion war überaus hochstehend. Auch auf der Konferenz konnte man es merken, was unschwer auch an den meisten Orten, wo wir vertreten sind, wahrzunehmen ist. Der intelligenteste, nüchternste, beruflich tüchtigste Teil der Arbeiter wendet sich unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu, während die Trinker und Radaubruder in den einzelnen Orten die Wortführer der sozialistischen Verbände darstellen.“

Also die intelligentesten, nüchternsten und beruflich tüchtigsten Arbeiter stellt die christliche Gewerkschaftsbewegung, die schlechtesten Arbeiter sind die Freiarbeiter! Wir wollen unsererseits gegen diese Auffassung nicht polemisieren, sondern an einigen Beispielen zeigen, wie die „intelligenten“, „nüchternen“ und „beruflich tüchtigsten“ Arbeiter in den Augen der eigenen Parteigenossen bzw. Unternehmer aussehen. Bekannt ist das geflügelte Wort August Brusts: „Die allerchristlichsten Arbeiter sind die allerdümmsten!“, bekannt ist, wie derselbe Mann der Leitung der christlichen Bergarbeiterorganisation vorwarf, daß sie das „Publer nicht erfunden“ habe und bekannt ist, wie christliche Zahlstellenverwaltungen sich lebhaft über die „intelligenten“ Ausführungen christlicher Referenten beklagen. Sehr interessant aber ist, was der Heidelberger Professor der Theologie, Dr. Niedergaller, in einem Aufsatz über die „Psychologie des Fabrikarbeiters“ geschrieben hat. Er sagt:

„Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Jorne die Worte entfahren sind, daß viele seiner Arbeiter nur deshalb keine Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumm wären; wenn sie nur solche wären, dann würden sie auch gescheiter und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus Berufenen

Munde. Und in der Tat, das kann man wohl sagen, sie, die Sozialdemokratie, kommt nur dahin, wo einigermassen höhere Interessen sind, und wo sie herrscht, da wendet sie höhere Interessen. Sie gilt schon in weiteren Kreisen jetzt als die Welterin des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle bürgerlichen Beranstellungen nicht fertiggebracht haben, — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer Wahzheiten um das geringe Volk bekümmert? Das rächt sich jetzt bitter — das hat die Sozialdemokratie selbst in die Hand genommen.“

Wir wüßten nicht, wo die christliche Gewerkschaftspresse den Mut gefunden hätte, den Professor zu widerlegen. Vielleicht ist der christlichen Keramarbeiterzeitung nicht bekannt, welche Urteile ihre schwarzen Parteigenossen Wosien, Richter und Sittart über die frommen christlichen Machener Arbeiter fällten? Richter nannte die Machener Bauarbeiter „eine auf Materielle gerichtete, ziemlich morallose Gesellschaft“, Wosien bezeichnete sie als die „größten Mitoholikonumenten“, und Sittart stempelte von den Machener Arbeitern das Wort von den „schlappigen Kerlen des Königreichs“. Nachgewiesen ist längst, daß da, wo das Zentrum dominiert, die höchste Stufe der Fruntsuchtsverbreitung erreicht wird. Die „Trier. Landesztg.“ hat 1903 die Arbeiter in den katholischen Gegenden als „politisch vollständig unreif“ hingestellt, und die „Westf. N. Ztg.“ gab 1906 bekannt zu: Gut christlich sein, heißt in sozialer Hinsicht, schläfrig sein! So sehen christliche Arbeiter aus, wenn wir den frommen Beschimpfern Gleiches mit Gleichem vergelten.

Die Föderation der Buchdrucker in Spanien hielt Mitte Mai ihren zweiten Verbandstag ab. Einer Ausstellung des Verbandssekretärs entnehmen wir folgendes: Der Verband zählt gegenwärtig 23 Ortsgruppen, um sieben mehr als im Vorjahre. Die größte Zahl organisierte Druckerarbeiter weist Barcelona auf, nämlich 268, Valencia steht an zweiter Stelle mit 154 Verbandsmitgliedern, Madrid, die Hauptstadt, dagegen nur 69 und Bigo 96. Im ganzen zählt der Verband 847 Mitglieder. Was die Arbeitsbedingungen anbelangt, so herrscht der neun- und zehnjährige Arbeitstag vor. Nur in zwei Ortschaften, in Jerez und Malaga, wird acht Stunden täglich gearbeitet. Die Löhne sind je nach Ort und Arbeitsart sehr verschieden und schwanken zwischen ein und sieben Psetas (ein Psetas gleich 80 Pf.) pro Tag. Im Jahre 1912 fand in Barcelona ein Streik statt, an dem 143 Verbandsmitglieder beteiligt waren. Ein eigentlicher Zentralverband der Buchdrucker besteht bisher in Spanien nicht. — Die Kunstbruder in Barcelona wandten sich dieser Lage an ihre Arbeitgeber mit einigen Forderungen, unter denen die Forderung nach Einführung eines achtstündigen Normalarbeitstages an erster Stelle steht.

Die Bibliographie auf der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914. Auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig wird zum ersten Male ein Arbeitsgebiet dargestellt, dem viele noch fremd gegenüberstehen, obgleich es für unser gesamtes geistiges Leben von größter Wichtigkeit ist. Es ist dies die Bibliographie, die dem geistig arbeitenden Fachmann die in den Bibliotheken, in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und sonstigen literarischen Erscheinungen niedergelegten Schätze zugänglich macht. Die Bibliographie stellt systematische Verzeichnisse der Fachliteratur nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammen und zwar in Form von Katalogen und Auszügen aus den verschiedensten Fachgebieten, die das Suchen nach einschlägigen Mitteilungen erleichtern. Auch die verschiedenen Kartei- und Registratursysteme, die im modernen Geschäftsverkehr eine immer größere Rolle spielen, ferner die wissenschaftlichen und fachlichen Ausstellungen gehören hierher und werden auf der Ausstellung in systematischer und leicht verständlicher Weise gezeigt werden.

Ein neues Mittel zur Abschaffung allen Glens wird in Amerika von gewissen Philantropen propagiert: die Entmannung. In neun Staaten (Indiana, Washington, Colorado, Connecticut, Nevada, Iowa, New Jersey, New York und Oregon) bestehen jetzt schon Gesetze, welche dem Gerichte das Recht geben, die Entmannung von „Untauglichen“ zu veranlassen. Dazu gehören Schwundheitsverbrecher, geistig oder körperlich Unfähige und Arme. Im Staat Indiana allein wurden seit dem Bestehen des Gesetzes auf diese Weise 800 Personen ihres Geschlechtes beraubt. —